

# Inhaltliche Schlussfolgerungen

**Der Mouvement Ecologique spricht sich - u.a. angesichts der im Rahmen der öffentlichen Prozedur vorliegenden Informationen - gegen die Umklassierung des Areals in Bissen in eine "Zone spéciale Datacenter" aus.**

**Dies aus folgenden Gründen:**

- Die Umklassierung erfolgt eindeutig für eine spezifische Aktivität und einen spezifischen Betrieb, ein Datenzenter von Google. Insofern kann die beabsichtigte Umklassierung nicht losgelöst von diesem spezifischen Betrieb und den damit direkt oder indirekt verbundenen Folgewirkungen betrachtet werden.
- Der Flächenverbrauch für Luxemburg ist erheblich, um nicht zu sagen nicht zu rechtfertigen. Fast 1/10 des jährlich gemäß Nachhaltigkeitsstrategie verfügbaren Flächenverbrauchs (für alle Zwecke: Siedlung, Mobilität, Aktivitätszonen....) würde einem einzigen Betrieb zugestanden, ebenso fast 1/10 der insgesamt neu verfügbaren Fläche für Aktivitätszonen (gemäß Entwurf des sektoriellen Planes Aktivitätszonen). Dies käme einer erheblichen Bevorzugung von Google gegenüber mittelständischen Betrieben aber auch einer inkohärenten Siedlungsentwicklung gleich und steht im Widerspruch zu den Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsstrategie;
- Es gingen mit Google erhebliche Flächen besonders wertvoller landwirtschaftlicher Böden verloren, wobei es erklärtes Ziel der Regierung und der nachhaltigen Entwicklung ist, dieses essentielle Gut eines Landes zu schützen;
- Dabei fehlt es derzeit an jedweden sachlich hinterlegten Fakten, was der reelle soziale und ökonomische und Mehrwert dieses Betriebes ist, sowohl in der Bauphase, als vor allem auch mittel- bis langfristig (in Luxemburg getätigte Investitionen, Arbeitsplätze, Steuereinnahmen, realen Impakt auf Folgebetriebe);
- Es wäre dabei zudem höchst fragwürdig, wenn Luxemburg seine Wirtschaftspolitik erneut auf eine Politik des Steuerdumpings - besonders niedrige Energiepreise - basieren würde. Das „Profilieren“ durch niedrige Energiepreise müsste in Zeiten der Klimakrise definitiv der Vergangenheit angehören.
- Was die Umweltbelastungen anbelangt, ist der Mouvement Ecologique auf leider nicht bestätigten Teilinformationen angewiesen. Dies weil die verfügbaren Unterlagen völlig unvollständig sind.  
Aufgrund derer, wäre das Datacenter jedoch mit einem für unser Land sehr hohen Wasserverbrauch verbunden, wobei Alternativen zur vorgesehenen Wasserkühlung nicht ausreichend untersucht wurden. Insofern die Vermutungen stimmen, dass dieser Bedarf prioritär über Oberflächenwasser erfolgen soll, stellt sich die Frage der Verträglichkeit dieser Maßnahme mit dem Naturhaushalt des Flusses. Zudem stellt sich die Frage, wie die Kühlung in Trockenzeiten erfolgen soll bzw. ob es grundsätzlich zulässig ist, dass hierzu Trinkwasser genutzt wird.
- Die potentiellen Belastungen für Natur- und Landschaft scheinen gemäß der, allerdings unvollständigen, strategischen Umweltprüfung (SUP) doch bedeutsamer zu sein, als angenommen. Die Zerstörung von, auf EU-Ebene, geschützten Biotopen sowie Fragen zur Lage und der Qualität notwendiger Kompensierungsmaßnahmen bleiben offen.

Besonders gravierend sind dabei auch die *kumulativen* Auswirkungen dieser weiteren Verbauung auf diesem bereits mit riesigen Industriegebieten überzogenen Plateau zu bewerten. Kompensationsmaßnahmen vor Ort, sind für einige Arten wohl nicht mehr möglich.

- **Über allem steht die Opportunitätsfrage: Die Begrenztheit der Fläche, der steigende Land- Wasser-, Energieverbrauch sowie der Biodiversitätsverlust müssten zwingend dazu führen, bei Entscheidungsprozessen über die Ansiedlung eines Projektes einer solchen Größenordnung die notwendige Opportunitätsfrage zu stellen: Wäre es nicht sinnvoller, diese Fläche für alternative, ökonomisch und gesamtgesellschaftlich sinnvollere Ansiedlungen zu nutzen?**

Der Mouvement Ecologique ist somit der Überzeugung, dass die Nachteile die vermeintlichen, nicht belegten Vorteile überwiegen und keine Umklassierung der Grünzone in eine „zone spéciale“ erfolgen darf! Dies vor allem in Ermangelung der Offenlegung von objektiven und sachlichen Fakten betreffend den wirtschaftlichen und sozialen Nutzen und der Folgewirkungen.

### **Fazit aus rechtlicher Sicht**

Die, in der öffentlichen Prozedur zur Einsicht ausliegenden Unterlagen in wesentlichen Punkten als völlig unvollständig anzusehen. Sie erlauben den BürgerInnen nicht, einzuschätzen, ob und inwiefern die Ziele und gesetzlichen Vorschriften („loi modifiée du 19 juillet 2004 concernant l'aménagement communal et le développement urbain – Art. 1 und 2“) bzw. die Vorgaben des Landesplanungsprogrammes sowie des Nationalen Aktionsplanes für eine nachhaltige Entwicklung Luxemburgs im Rahmen der Neuausweisung (von einer Grünzone in eine für ein Datenzentrum reservierte Zone) respektiert werden. Damit wird Sinn und Zweck der öffentlichen Prozedur in Frage gestellt.

Art. 2 des zitierten Gesetzes besagt so u.a., dass die Gemeinden die Aufgabe haben, den Respekt des Allgemeininteresses zu gewährleisten u.a. durch eine rationelle Nutzung des Raumes, die komplementäre Gewährleistung ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele, eine rationelle Energienutzung sowie einen hohen Standard im Umwelt- und Landschaftsschutz. Wie in diesem Einspruch dargelegt, gibt es fundierte Argumente, dass die genannten Vorgaben *nicht* respektiert wurden.

Die strategische Umweltprüfung ist in diesem Zusammenhang zudem als völlig unzureichend zu bezeichnen. Hohe Auswirkungen auf die geprüften Schutzgüter, können - wie darin angedeutet - „nicht ausgeschlossen“ werden. Daher stellt sich die Frage inwiefern die Umklassierung der zone verte gemäß Art. 5 des Natuschutzgesetzes überhaupt genehmigt werden kann, ohne dass diese Aspekte abschließend geklärt sind. ...